



RATSFRAKTION WUPPERTAL

Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

*An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Stadtentwicklung,
Wirtschaft und Bauen
Herrn Michael Müller
Rathaus, Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal*

Es informiert Sie Karin van der Most/
Tobias Wierzba

Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563-6272
Fax (0202)
E-Mail van-der-most@fdp-wuppertal.de
twierzba@web.de

Datum 20.01.2010

Drucks. Nr. VO/0051/10
öffentlich

Große Anfrage

Zur Sitzung am
03.03.2010

Gremium
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen

Stärkung des Einzelhandels in den wohnortnahen Einkaufszentren

Sehr geehrter Herr Müller,

das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat jüngst ein Urteil (Az: BVerwG4 C 1.08 und 4 C 2.08) zur Ansiedlung von Discountern gefällt. Nach Meinung der Richter ist der Bau neuer Discountmärkte dann unzulässig, wenn dadurch Geschäfte in einem sogenannten zentralen Versorgungsbereich geschädigt werden könnten. Das Bundesverwaltungsgericht beruft sich auf §9 des Baugesetzbuches (BauBG), der unter Absatz 2a bestimmt, dass im Interesse einer verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung und der Innenentwicklung der Gemeinden in den kommunalen Bebauungsplänen festgelegt werden darf, dass bestimmte bauliche Nutzungen zulässig oder nicht zulässig sind oder nur ausnahmsweise zugelassen werden können. Dabei seien insbesondere die zu erhaltenden oder zu entwickelnden zentralen Versorgungsbereiche zu berücksichtigen. Außerdem verwiesen die Richter auf §34, Abs. 3 BauGB, der festhält: „Von Vorhaben... dürfen keine schädlichen Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche in der Gemeinde oder in anderen Gemeinden zu erwarten sein.“

Zu den zentralen Versorgungsbereichen gehören nach der Auslegung der Verwaltungsrichter auch die Nahversorgungsbereiche, die ein Einzugsgebiet abdecken, aus dem heraus sie zu Fuß zu erreichen sind.

Hierzu hat die FDP-Ratsfraktion folgende Fragen:

1. Wie bewertet die Verwaltung das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes?
2. Welche Nahversorgungsbereiche sind in den letzten 5 Jahren aufgrund der Ansiedlung von Discountmärkten geschädigt worden?

3. Sind vor dem Hintergrund des Urteils die erteilten Baugenehmigungen für Discountmärkte anders zu bewerten? Welche?
4. Welche Auswirkungen hat das Urteil für die künftige Erteilung von Baugenehmigungen in Wuppertal?
5. Wie kann die Abschöpfung von Kaufkraft prognostiziert werden?
6. Welche Bauanfragen oder Anträge auf Baugenehmigung zur Errichtung von Discountmärkten liegen derzeit vor und wie sind diese vor dem Hintergrund des Bundesverwaltungsgerichtsurteils zu bewerten?
7. Ist das Urteil geeignet, die Nahversorgungsbereiche in Wuppertal künftig besser zu schützen? Wie kann/soll dies geschehen?
8. Welche Bedeutung hat das Urteil für die Planung eines IKEA-Marktes auf dem Gelände der Fertighausausstellung?

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schmidt
- Stellv. Fraktionsvorsitzender -